

Staatskanzlei
Ministerpräsidenten
Herrn Matthias Platzeck
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Telefon 0331 966-1450
Fax 0331 966-1407
Email pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de
Internet www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Bankverbindung
Commerzbank Potsdam
BLZ 160 400 00
Konto 100 484 500

Potsdam, 07.08. 2012

Finanzierungsbedarf der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg

- *Offener Brief* -

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

drei Monate sind seit der Verschiebung der Inbetriebnahme des Flughafens vergangen und noch immer blicken wir mit Sorge in die Zukunft des größten Infrastrukturprojektes in der Geschichte Brandenburgs. Zu viele Fragen zu den Ursachen des Debakels sind nach wie vor unbeantwortet. Stattdessen haben wir vornehmlich negative Neuigkeiten erfahren müssen. Die Fertigstellung des Brandschutzes steht auf der Kippe, die Mehrkosten übersteigen die Milliardengrenze und der Schallschutz wurde nur für einen Bruchteil der Betroffenen und dort auch nicht in der zustehenden Qualität umgesetzt.

Der Flughafen BER soll technisch auf dem modernsten Standard errichtet werden. Den bestmöglichen Lärmschutz zu gewährleisten, ist bei diesen Maßstäben selbstverständlich.

Sie haben erläutert, dass Ihr Versuch, sich für die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses einzusetzen, am Abstimmungsverhalten der anderen Gesellschafter gescheitert sei. Die unterschiedlichen Interessenslagen und Schwerpunktsetzungen der drei Gesellschafter sind bekannt und durchaus nachvollziehbar. Nach eingehender juristischer Prüfung sehen wir die Position Brandenburgs dabei jedoch weitaus stärker als Sie es während der letzten Sitzung des Hauptausschusses dargestellt haben.

Auf der nunmehr dritten Aufsichtsratssitzung seit der gescheiterten Eröffnung will die Geschäftsführung darlegen, wie sie den enormen Fehlbetrag von gut einer Milliarde Euro zu finanzieren beabsichtigt. Dabei steht zu vermuten, dass ein Großteil des Geldes aus den öffentlichen Kassen der drei Gesellschafter kommen soll. Mit Ihrem Haushaltsentwurf für die kommenden zwei Jahre haben Sie das mit 438 Mio. Euro für Brandenburg bereits eingepreist.

Entgegen Ihrer Annahme gibt es aber kein Mittel, mit dem die Flughafengesellschaft das Land Brandenburg zur Bereitstellung weiteren Kapitals zwingen könnte. Um den Interessen der Brandenburger gerecht zu werden und Schaden von ihnen zu wenden, gilt es somit in den Verhandlungen um die Finanzierung der Mehrausgaben eine klare und unumstößliche Position zu beziehen. Es kann aus Brandenburg kein frisches Kapital für den Flughafen geben, solange nicht der Schallschutz in der Form umgesetzt wird, wie er den Brandenburgern im Planfeststellungsverfahren versprochen wurde. Alles andere würde zwangsläufig Gefahr laufen, den Eindruck entstehen zu lassen, dass der Schutz Brandenburger Interessen nur ein Lippenbekenntnis für die Landesregierung ist.

Wir möchten Sie deshalb bitten und auffordern, gegenüber den anderen Gesellschaftern und Aufsichtsräten unmissverständlich deutlich zu machen, dass Brandenburg keine neuen Mittel in die Gesellschaft gibt, wenn der Lärmschutz nicht wie im Planfeststellungsbeschluss festgelegt und vom OVG bestätigt umgesetzt und der Klageprüfungsbeschluss unverzüglich zurückgenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter Dombrowski

Amt. Fraktionsvorsitzender